


Alles ist relativ

Regionale Armut. Wenn man im reichen Deutschland versucht, die hochemotionale Diskussion um die angeblich ausufernde Armut zu versachlichen, erntet man oft Kritik. Der iwd versucht es trotzdem: Diese Ausgabe zeigt, dass mancherorts die Mieten tatsächlich unbezahlbar sind – das gilt jedoch vor allem für kleine Unistädte. Auch die offiziellen Armutsquoten sagen nicht die ganze Wahrheit: Berücksichtigt man nämlich die regionalen Preisniveaus, haben vermeintlich wohlhabende Metropolen weit überdurchschnittliche Armutsquoten. Richtig ist allerdings, dass finanzielle Armut und Armut an Bildung nach wie vor Hand in Hand gehen.

—> [Seiten 2-7](#)


Regionale Armut in Deutschland

Die drei Regionen mit dem höchsten Anteil an Kaufkraftarmen – 2013 in Prozent

	Bremerhaven	29,3
	Köln	26,9
	Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald	25,7

Als kaufkraftarm gilt, wer weniger als 60 Prozent des regional preisbereinigten Medianeinkommens zur Verfügung hat

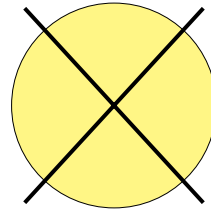
Ursprungsdaten: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2013
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Bestandsaufnahme

Digitale Transformation. Wo stehen deutsche Unternehmen derzeit in Sachen Digitalisierung? Dieser Frage ist die IW Consult in einer Studie nachgegangen: Demnach sind viele Betriebe noch nicht richtig auf den digitalen Wandel vorbereitet.

—> [Seiten 10-11](#)



Kreuzchen, bitte!

Landtagswahlen. Anfang September wird in Mecklenburg-Vorpommern ein neuer Landtag gewählt. Gesamtwirtschaftlich hat sich der Ostsee-Anrainer in den vergangenen Jahren zwar gut entwickelt, der Industriesektor lässt aber zu wünschen übrig. Noch – denn eine wichtige Branche hat offenbar den Turnaround geschafft.

—> [Seite 8](#)

Was lohnt sich?

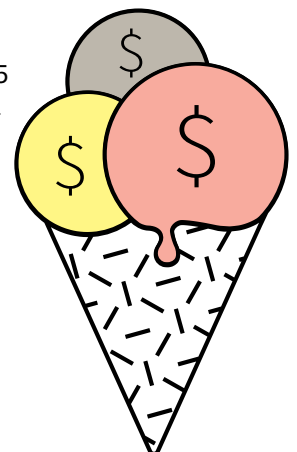
Private Altersvorsorge. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben bleibt von vielen Vorsorgeprodukten mitunter nur wenig übrig. Welche Sparformen sich rentieren und welche nicht, zeigt eine IW-Simulation.

—> [Seite 9](#)

Top-Liste: Speiseeishersteller

Industriell hergestelltes Speiseeis ist ein Wachstumsmarkt: 2015 setzte die Branche im Einzelhandel weltweit 76,5 Milliarden Dollar um – 13 Prozent mehr als 2010. Der Großteil des Speiseeises wird von internationalen Großkonzernen produziert, die beiden größten Hersteller decken bereits knapp ein Drittel des globalen Eismarktes ab.

—> [Seite 12](#)



München ist nicht Tirschenreuth

Regionale Armut. Dass man mit 1.000 Euro auf dem Land wesentlich besser zurechtkommen kann als in Hamburg oder München, leuchtet ein; in der Diskussion um die Einkommensarmut spielt das aber keine Rolle. Deshalb hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) den einheitlichen Schwellenwert für Einkommensarmut um die unterschiedlichen Preisniveaus bereinigt – mit überraschenden Ergebnissen.

Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat, gilt nach amtlicher Definition als einkommensarm. Im Jahr 2013 traf das laut Statistischem Bundesamt auf 15,5 Prozent der Bundesbürger zu.

Schon diese eine Zahl ist jedoch mit Vorsicht zu genießen, denn sie ist lediglich ein Durchschnittswert – je nachdem, wohin man schaut, ergeben sich ganz andere Werte: In Westdeutschland ist die Quote mit 14,4 Prozent etwas niedriger als der Durchschnitt, in Ostdeutschland mit 19,9 Prozent wesentlich höher. Auch zwischen Stadt (19,1 Prozent) und Land (14,5 Prozent) gibt es eine erhebliche Kluft.

Doch egal, welche dieser Quoten man nimmt, eine grundsätzliche Schwäche haben alle: Sie suggerieren, dass das Leben überall in Deutschland gleich teuer ist. Tatsächlich aber klaffen die Kosten für die Lebenshaltung je nach Region weit auseinander:

In München – Deutschlands teuerster Region – sind die Lebenshaltungskosten 37 Prozent höher

Regionale Armut: Große Unterschiede in Deutschland

So viel Prozent der jeweiligen Bevölkerung hatten 2013 weniger als 60 Prozent des regional preisbereinigten Medianeinkommens zur Verfügung – galten also als kaufkraftarm



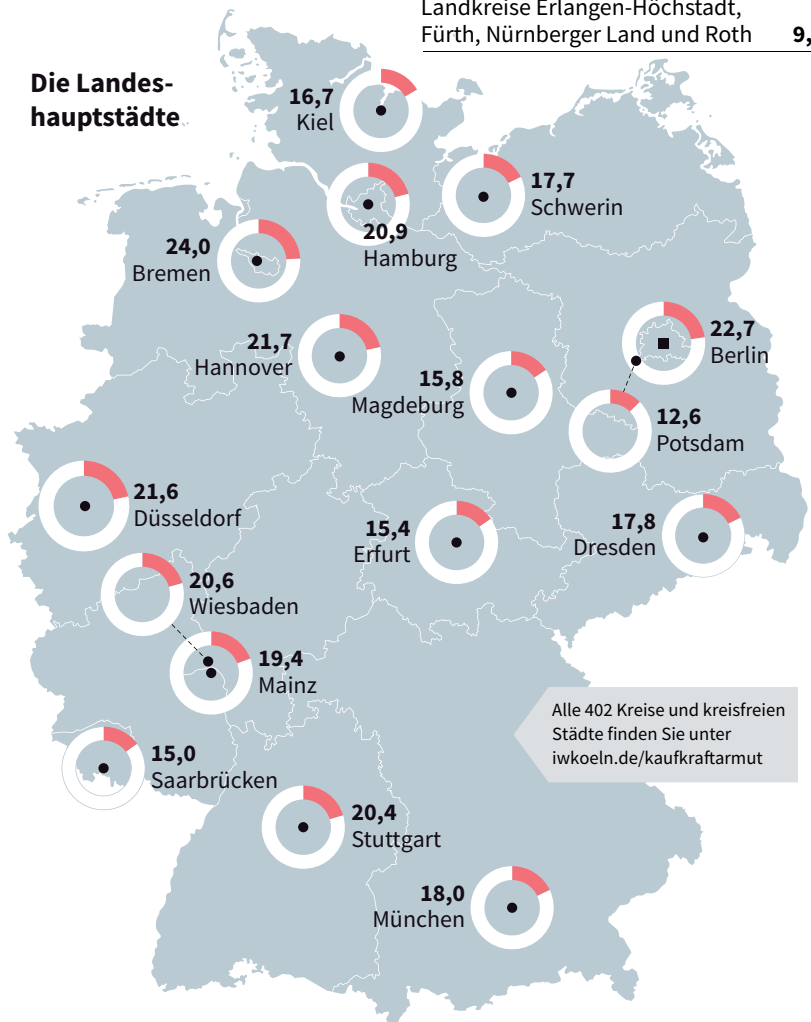
Die Flop 3

Bremerhaven	29,3
Köln	26,9
Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald	25,7



Die Top 3

Bodenseekreis, Landkreise Sigmaringen und Ravensburg	8,3
Ingolstadt und Landkreise Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen, Pfaffenhofen	9,0
Landkreise Erlangen-Höchstadt, Fürth, Nürnberger Land und Roth	9,0



Medianeinkommen: Der Einkommenswert, der die Bevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt – die eine hat höhere, die andere niedrigere Einkommen; Kiel: einschließlich Neumünster, Lübeck und der Landkreise Rendsburg-Eckernförde, Neumünster, Plön und Ostholstein; Schwerin: einschließlich der Landkreise Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim; Potsdam: Stadt und Landkreis einschließlich Brandenburg und der Landkreise Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming; Magdeburg: einschließlich der Landkreise Börde, Jerichower Land und Salzlandkreis; Wiesbaden: einschließlich Offenbach und Darmstadt; Erfurt: einschließlich Weimar und der Landkreise Gotha, Sömmerda, Ilm-Kreis und Weimarer Land; Mainz: einschließlich Worms und der Landkreise Mainz-Bingen und Alzey-Worms; Saarbrücken: Saarland

Ursprungsdaten: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2013 © 2016 IW Medien / iwd

als im oberpfälzischen Tirschenreuth, dem preisgünstigsten Kreis.

Berücksichtigt man also die Preisunterschiede, wird aus Einkommensarmut Kaufkraftarmut. Ein Single in München ist dann bis zu einem Monatseinkommen von 1.106 Euro kaufkraftarm, während ein Alleinstehender in Tirschenreuth schon ab 818 Euro nicht mehr dazuzählt. Dieses Beispiel lässt ahnen, wie stark die preisbereinigte Sicht der Dinge die regionalen Armutsquoten beeinflusst (Tabelle):

Die Ost-West-Unterschiede schmelzen. Nach herkömmlicher Lesart – ohne Preisbereinigung – hat Ostdeutschland eine um 5,5 Prozentpunkte höhere Quote an Einkommensarmen als Westdeutschland. Da aber das Preisniveau im Westen fast 6 Punkte höher ist als im Osten, schmilzt der Unterschied bei der Kaufkraftarmut auf 2,8 Punkte zusammen.

Das Stadt-Land-Gefälle wächst. Lässt man die unterschiedlichen Preise für Mieten, Lebensmittel und was der Mensch sonst noch so braucht außer Acht, ist die Quote der Einkommensarmen in Städten um 4,6 Prozentpunkte höher als auf dem Land. Aufgrund der im Schnitt um 7 Prozent teureren Lebenshaltung in den Städten wächst der Unterschied zum Land nach der Preisbereinigung auf fast 8 Prozentpunkte.

Wegen des hohen Preisniveaus haben sogar vermeintlich wohlhabende Städte hohe Armutsquoten:

Die Autostadt Stuttgart, die Handelsmetropole Hamburg, die Modestadt Düsseldorf und die Bankenhochburg Frankfurt am Main liegen mit 20 bis 22 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 15,4 Prozent.

Erweitert man den Blick auf alle 402 Kreise und kreisfreien Städte, fallen einige Besonderheiten auf. Köln etwa hat nach Bremerhaven

(vgl. Interview Seite 4) mit nahezu 27 Prozent die zweithöchste Quote an Kaufkraftarmen (Grafik Seite 2). Das überrascht, denn die Domstadt hat eine überdurchschnittliche Wirtschaftskraft und mit 9 Prozent auch keine besonders hohe Arbeitslosigkeit. Offenbar sind aber das Preisniveau und die Einkommensspreizung in Köln sehr hoch.

Der Bodenseekreis, Sigmaringen und Ravensburg bilden die Region mit der niedrigsten Quote an Kaufkraftarmen (8,3 Prozent). Dank zahlreicher Industriebetriebe ist sie

wirtschaftlich stark und profitiert zudem von der Nähe zur prosperierenden Schweiz. Die Arbeitslosenquote beträgt nur rund 3 Prozent und durch die ländliche Struktur sind alleinstehende Nichterwerbstätige wie Studenten und Alleinerziehende unterrepräsentiert.

IW-Kurzbericht 49/2016

Klaus-Heiner Röhl, Christoph Schröder:
Welche Regionen sind in Deutschland besonders von Armut betroffen?
iwkoeln.de/kaufkraftarmut

Einkommensarmut in Deutschland: Eine Frage der Preise

So viel Prozent der Bevölkerung in der jeweiligen Gruppe hatten 2013 weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung und galten deshalb als einkommensarm

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Stadt	Land	Deutschland
Insgesamt, ohne Preisbereinigung	14,4	19,9	19,1	14,5	15,5
Insgesamt, mit Preisbereinigung (Kaufkraftarmut)	14,8	17,6	21,6	13,7	15,4
darunter:					
Personen in Haushalten mit Arbeitslosen	45,5	56,2	59,1	45,0	48,7
Personen mit Migrationshintergrund	23,2	28,7	32,5	21,7	23,9
Alleinstehende	25,1	30,3	30,2	25,1	26,3
Personen in Alleinerziehendenhaushalten	30,1	34,9	39,2	29,1	31,2
Personen ohne erhöhte Risikofaktoren	5,6	6,1	5,7	5,5	5,7
Mittlere Kaufkraft in Euro	1.524	1.376	1.389	1.529	1.494
Preisniveau (Deutschland = 100)	101,1	95,6	105,4	98,5	100,0

Medianeinkommen: Der Einkommenswert, der die Bevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt - die eine hat höhere, die andere niedrigere Einkommen; Stadt: Regionen mit ausschließlich kreisfreien Städten; Land: Regionen, die sich aus Landkreisen oder Land- und Stadtkreisen zusammensetzen; Kaufkraftarmut: Anteil der Personen mit einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des regional preisbereinigten deutschen Medianeinkommens in Prozent der Bevölkerung; Personen ohne erhöhte Risikofaktoren: Personen in Mehrpersonenhaushalten, ohne Alleinerziehende, ohne Arbeitslose und ohne Menschen mit Migrationshintergrund; Mittlere Kaufkraft: Median des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens (Äquivalenzeinkommen) umgerechnet auf deutsches Preisniveau (regionale Preisdifferenzen sind herausgerechnet).

Urspungsdaten: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2013
© 2016 IW Medien / iwd

„Bremerhaven wird mehrfach blockiert“

Interview. In Bremerhaven lebt fast ein Drittel der 114.000 Einwohner am Rand des Existenzminimums, wenn man das Preisniveau vor Ort berücksichtigt. Warum die Stadt trotz des großen Containerhafens wirtschaftlich nicht auf die Beine kommt, erläutert Bürgermeister und Stadtkämmerer **Paul Bödeker**.



Foto: Engler

Herr Bödeker, in Bremerhaven sind fast 30 Prozent der Bürger kaufkraftarm, so viele wie nirgendwo sonst in Deutschland. Überrascht Sie dieser Befund?

Nein, denn wir haben eine ganze Reihe großer Schwierigkeiten. Bremerhaven ist ein Standort mit wenigen wirtschaftlichen Schwerpunkten: die Werften, der Hafen und die Offshore-Energie. Die ersten beiden Branchen laufen nicht gut und bei der Offshore-Energie kommen wir nicht schnell genug weiter.

Bremerhaven hat nach Hamburg den zweitgrößten deutschen Hafen. Angesichts der voranschreitenden Globalisierung ist das doch ein echtes Pfund, oder nicht?

Wir würden profitieren, wenn das, was bei uns umgeschlagen wird, auch hier bearbeitet werden würde. Die Waren werden aber auf Züge oder Lastwagen geladen und fahren Richtung Süddeutschland. Die Ausbeute durch den Hafen ist also nicht sonderlich groß. Früher gab es viele Hafentarbeiter, heute erledigen diese Arbeiten drei Mann: ein Containerfahrer, ein Mitarbeiter für die Beladung und einer im Kran.

Was tun Sie gegen diesen Trend?

Wir halten Gewerbefläche vor, damit die Betriebe einen Anreiz haben, die Ware hier weiter zu bearbeiten.

Wie steht es um die Zukunftsbranche Offshore-Energie?

Da werden wir mehrfach blockiert. Wir wollen einen neuen Offshore- und Schwerlasthafen bauen, weil der Containerhafen ausgelastet ist. Wir können aber mit dem Neubau nicht anfangen, weil zum einen das Planfeststellungsverfahren zur Vertiefung der Unterweser noch von Brüssel geprüft werden muss und zum anderen der BUND eine Klage wegen der Umweltverträglichkeit eines zusätzlichen Hafens angestrengt hat.

Hinzu kommt, dass die Bundesregierung beschlossen hat, die neuen Stromleitungen, die den Offshore-Strom nach Süddeutschland transportieren sollen, zuerst an der Ostsee zu bauen. Wir an der Nordsee haben also erst mal keinen Anschluss.

Auch das Armutsrisiko für Kinder ist in Bremerhaven mit fast 55 Prozent dramatisch hoch.

Bei dieser Zahl darf man nicht vergessen, dass wir viele Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien haben, die mit vielen Kindern kommen.

Warum ist Bremerhaven für Bulgaren und Rumänen ein bevorzugtes Ziel?

Weil Bremerhaven vergleichsweise viele einfache Jobs anbietet. Ich will aber auch nicht verhehlen, dass wir in diesem Zusammenhang auch Probleme mit Sozialbetrug hatten.

Machen wir eine gedankliche Zeitreise. Wo sehen Sie Bremerhaven in zehn Jahren?

Ich hoffe, dass wir den Strukturwandel hinbekommen. Dazu gehört auch, neue Wohngebiete in der Stadt zu erschließen, damit wir auch die Steuereinnahmen jener Pendler erhalten, die im Umland in Niedersachsen wohnen, aber bei uns in Bremerhaven arbeiten.

Im sozialen Bereich wünsche ich mir, dass wir alle Organisationen, die sich zum Beispiel mit der Jugendförderung beschäftigen, zusammenfassen und optimieren. Außerdem möchte ich mehr junge Leute für die duale Berufsausbildung gewinnen.

Im Tourismus dagegen sind wir schon erfolgreich: 2015 hatten wir mehr als 380.000 Übernachtungen. Bremerhaven ist ein attraktives Urlaubsziel, das wissen nur viel zu wenige. Unser Marketing muss hier noch besser werden.

Teures Wohnen?

Regionale Armut. „Die Mieten explodieren“ – solche Schlagzeilen erwecken seit Jahren den Eindruck, in Deutschland herrsche ein flächendeckender Mangel an bezahlbarem Wohnraum und die Politik müsse unbedingt gegensteuern. Beides ist falsch.

Die These von den „unbezahlbaren Mieten“ suggeriert, dass die Mietpreise stärker steigen als die Einkommen – im bundesdeutschen Durchschnitt ist es aber umgekehrt:

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind seit 2010 um 11,5 Prozent gestiegen, die Mieten nur um 10,2 Prozent.

Ganz anders sieht es in den Metropolen aus: In Berlin, Hamburg, München und Köln zum Beispiel haben sich die Marktmieten seit 2010

um 13 bis 26 Prozent erhöht. Der Grund ist, dass es wegen der wirtschaftlichen Dynamik immer mehr Menschen in die Großstädte zieht – also wird der Wohnraum knapper und die Mieten steigen. Diese Trends führen dazu, dass sich die seit jeher bestehenden Unterschiede zwischen Stadt und Land noch vergrößern:

Marktmieten. Während man für einen Quadratmeter im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg nur 3,50 Euro Miete bezahlt, sind in München 12,70 Euro fällig.

Einkommen. Das verfügbare Jahreseinkommen der privaten Haushalte reicht von 31.000 Euro in Trier bis 70.400 Euro in Starnberg.

Erst wenn man die Entwicklung der Mieten und die der Einkommen zusammenbringt, lässt sich beurteilen, wie es um die regionalen Wohnungsmärkte bestellt ist.

Deshalb hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ausgerechnet, wie viele Quadratmeter Wohnraum ein privater Haushalt bekommen kann, wenn er 25 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Miete ausgibt:

Im Durchschnitt können sich die Bundesbürger heute 94 Quadratmeter Wohnraum leisten – zwei mehr als vor sechs Jahren.

Auch die Ergebnisse für die Großstädte überraschen (Grafik):

Nicht in München bekommt man für 25 Prozent des Nettoeinkommens am wenigsten Quadratmeter, sondern in Trier.

Der Grund: In kleineren Universitätsstädten leben relativ viele Studenten, die meist wenig Geld haben; kombiniert mit den relativ hohen Mieten führt das zu kleinen – oft sogar sinkenden – Quadratmeterzahlen. In Frankfurt, München und Hamburg – alle gelten als besonders teure Pflaster – ist die Wohnfläche dagegen sogar größer geworden.

Angesichts dieser Befunde ist es wenig zielführend, wenn die Politik flächendeckend in den Wohnungsmarkt eingreift. Nötig sind punktgenaue Lösungen, etwa eine höhere Bereitstellung von Bauland mit dem Fokus auf Nachverdichtung. Auch eine bessere Versorgung der ländlichen Kreise mit Ärzten und anderer Infrastruktur kann helfen, den Zuzug in die Großstädte zu bremsen.

Mieten: Das Großstadt-Ranking

In Deutschland gibt es 66 kreisfreie Großstädte mit mindestens 100.000 Einwohnern. Wenn ein durchschnittlicher Haushalt 25 Prozent seines Nettoeinkommens für Miete ausgibt, kann er sich im Jahr 2016 eine Wohnung mit so vielen Quadratmetern leisten

Die 10 günstigsten Großstädte		Die 10 teuersten Großstädte	
Mülheim a.d. Ruhr	98	Trier	59
Wolfsburg	98	Freiburg im Breisgau	61
Chemnitz	98	Heidelberg	62
Remscheid	96	Würzburg	64
Solingen	96	Berlin	68
Hamm	94	Hamburg	68
Hagen	93	Offenbach am Main	68
Erlangen	93	München	70
Mönchengladbach	92	Regensburg	70
Krefeld	91	Frankfurt am Main	70

Ursprungsdaten: Deutscher Mieterbund, Forschung und Beratung für Wohnen (F+B), Gesellschaft für Konsumforschung, Statistisches Bundesamt
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

IW-Kurzbericht 51/2016

Ralph Henger: Mieten und Einkommen gehen meist Hand in Hand
iwkoeln.de/mieten-und-einkommen

Arme Eltern, schlechte Schüler

Regionale Armut. *Finanzielle Armut und Bildungsarmut gehen oftmals Hand in Hand. So zeigt eine IW-Studie, dass in den meisten Regionen, in denen vergleichsweise viele Kinder und Jugendliche in finanziell schwierigen Verhältnissen leben, auch mehr Schüler die Schule abbrechen als anderswo.*

Natürlich sind Kinder, die in bescheidenen Verhältnissen aufwachsen, nicht dümmer als andere. Doch spätestens seit der ersten PISA-Studie ist klar: In Deutschland ist die Schulleistung von Kindern und Jugendlichen besonders eng an die soziale Herkunft gekoppelt.

In der Bundesrepublik lebten 2013 rund 19 Prozent der Kinder und Jugendlichen in armen oder von Armut bedrohten Verhältnissen.

Kinder aus Elternhäusern mit beschränktem finanziellen Spielraum haben jedoch nicht per se schlechtere Karten. Das Kernproblem liegt vielmehr darin, dass finanzielle Armut und Bildungsarmut in Deutschland oftmals Hand in Hand gehen. So fällt es vielen sozial schwach gestellten Eltern schwer, ihre Kinder beim Lernen und bei den Schulaufgaben optimal zu unterstützen. Dies wiederum kann bei den Sprösslingen zu schlechten Leistungen und – schlimmstenfalls – zum Schulabbruch führen.

Annähernd 6 Prozent der Schüler verließen die allgemeinbildende Schule 2014 ohne Abschluss.

Vielen jungen Menschen gelingt es allerdings noch im beruflichen Übergangssystem – etwa im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres –, einen Schulabschluss nachzuholen.

Dass in Regionen, in denen vergleichsweise viele Kinder – unter Berücksichtigung der Kaufkraft – von Armut gefährdet sind, auch deutlich mehr Jugendliche die Schule abbrechen als in wohlhabenderen Stadt- und Landkreisen, weist eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) nach. Dies zeigt auch der Bundesländervergleich (Grafiken):

Im Süden Deutschlands, wo besonders wenige Kinder in einkommensschwachen Familien leben, sind auch Schulabbrüche besonders selten.

In Bayern beispielsweise, wo nur knapp 13 Prozent der Kinder und Jugendlichen armutsgefährdet sind, beträgt die Quote der Schulabbrecher nur etwas mehr als 4 Prozent.

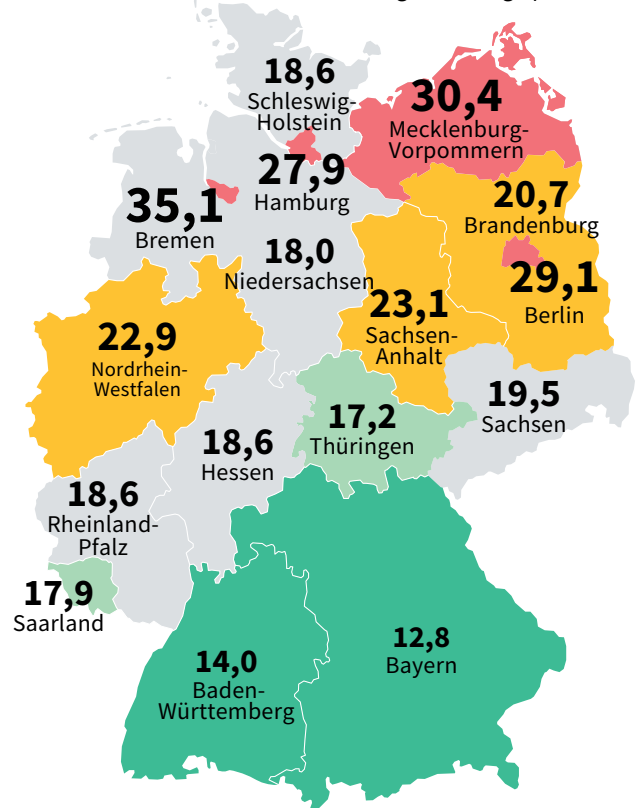
In den meisten neuen Bundesländern dagegen sind beide Quoten – also die Armutsgefährdungs- und die Abbrecherquote – besonders hoch. In Sachsen-Anhalt verlassen 10 Prozent der Jugendlichen die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss.

Aus dem Raster fallen Nordrhein-Westfalen und Hamburg. Obwohl hier überdurchschnittlich viele

Kinderarmut in Deutschland

So viel Prozent der unter 18-Jährigen waren 2013 armutsgefährdet – sie lebten also in einem Haushalt, der unter Berücksichtigung des regionalen Preisniveaus über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügte

- Weit unterdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote
- Unterdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote
- Durchschnittliche Armutsgefährdungsquote
- Überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote
- Weit überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote



Armut: Haushalte mit einem Einkommen von weniger als 40 Prozent des mittleren Einkommens gelten als arm; Haushalte mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens gelten als armutsgefährdet.

Ursprungsdaten: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder
© 2016 IW Medien / iwd

Minderjährige von Armut bedroht sind, verlassen nicht mehr Schüler die Schule ohne Abschluss als im Bundesdurchschnitt. Daraus lässt sich allerdings nicht automatisch ableiten, dass diese Länder besonders erfolgreich darin sind, Bildungsarmut bei benachteiligten Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu vermeiden. Denn vielen jungen Menschen fehlen trotz eines erlangten Hauptschulabschlusses die notwendigen Basics – etwa in

Deutsch und Mathematik –, um eine Ausbildung oder eine weitere schulische Laufbahn zu absolvieren.

Statt das Niveau für einen Hauptschulabschluss weiter zu senken, um die Zahl der Schulabbrecher zu reduzieren, sollten die Länder vielmehr darauf hinwirken, dass ein Hauptschulabschluss auch tatsächlich die Ausbildungsreife eines Absolventen dokumentiert.

Um Bildungsarmut zu bekämpfen, muss die Politik an anderer Stelle ansetzen. Sie sollte für Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten ein Lernumfeld schaffen, das es ihnen leichter macht, erfolgreich in der Schule zu sein. Die dafür nötigen Maßnahmen setzen zum Teil bereits vor dem Schuleintritt der Kinder an:

- Von zentraler Bedeutung ist eine qualitativ hochwertige **frühkindliche Bildung**, also eine ausreichende Zahl an Kindertagesstätten, die eine optimale Betreuung und Förderung für die Ein- bis Sechsjährigen gewährleisten. Da die individuelle Förderung umso besser funktioniert, je kleiner die Gruppe ist, ist der Betreuungsschlüssel – neben der Qualifikation der Erzieher – ein entscheidendes Qualitätsmerkmal.

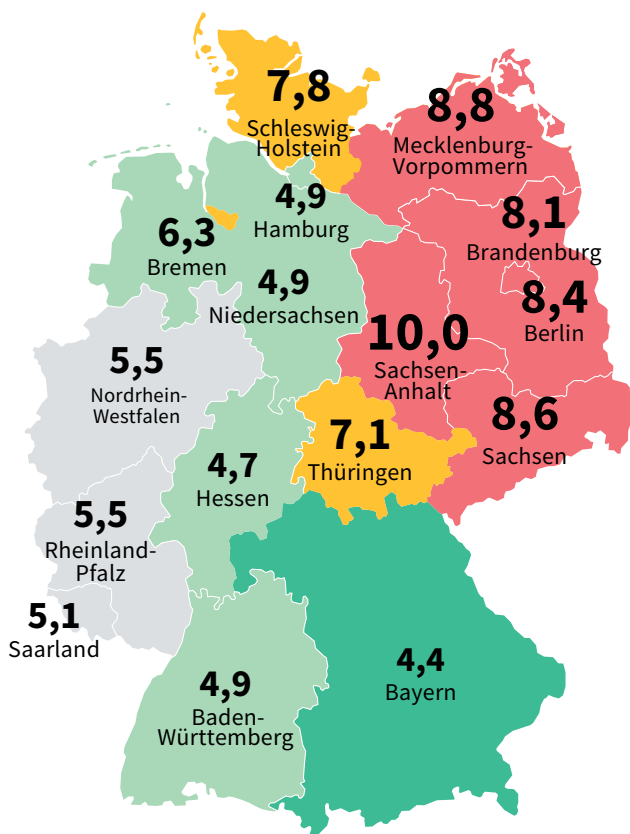
Die Bertelsmann Stiftung empfiehlt, dass maximal drei Krippenkinder beziehungsweise sieben Kindergartenkinder von einer Bezugsperson betreut werden. Tatsächlich lag der Betreuungsschlüssel in Deutschland 2015 bei 1 zu 4,3 für Krippenkinder und bei 1 zu 8,7 für die Drei- bis Siebenjährigen.

- Nötig sind überdies **gezielte Unterstützungsangebote** für Kinder mit Förderbedarf – etwa Sprachförderung für jene, die Probleme mit der deutschen Sprache haben.
- Deutschland ist von einer ausreichenden Versorgung mit **Ganztagschulen** noch weit entfernt. So gibt es derzeit nur für ein Drittel der Grundschüler Ganztagsangebote (vgl. iwd 8/2016).
- Für Kinder aus benachteiligten Familien ist insbesondere eine **qualifizierte Hausaufgabenbetreuung** wichtig. Denn rund ein Drittel der 17-Jährigen, die maximal einen Hauptschulabschluss haben beziehungsweise anstreben, erhalten von den Eltern keine Unterstützung beim Lernen oder bei den Hausaufgaben.

Schulabbrecher in Deutschland

So viel Prozent der Schüler in Deutschland verließen 2014 eine allgemeinbildende Schule ohne Hauptschulabschluss

- Weit unterdurchschnittliche Abbrecherquote
- Unterdurchschnittliche Abbrecherquote
- Durchschnittliche Abbrecherquote
- Überdurchschnittliche Abbrecherquote
- Weit überdurchschnittliche Abbrecherquote



IW-Kurzbericht 52/2016

Wido Geis, Christoph Schröder: Armutsgefährdete Kinder und Schulabbrüche im regionalen Vergleich

iwkoeln.de/schulabbrecher

Leinen los für Meck-Pomm

Landtagswahlen. Am 4. September wird in Mecklenburg-Vorpommern ein neuer Landtag gewählt. Ökonomisch betrachtet hat sich das Bundesland in den vergangenen Jahren zwar gut entwickelt, liegt aber noch etwas unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Dafür gibt es derzeit einige sehr gute Nachrichten aus dem Tourismus und dem Schiffsbau.

Usedom, Rügen, Wismar, Stralsund oder die Mecklenburgische Seenplatte – Gründe, in Mecklenburg-Vorpommern Urlaub zu machen, gibt es mehr als genug. Kein Wunder also, dass das Land mit rund 29,5 Millionen Übernachtungen im Jahr 2015 einen neuen Besucherrekord erreichte.

Mit 18,4 Übernachtungen pro Einwohner lässt der Ostsee-Anrainer alle anderen Bundesländer weit hinter sich – schon das zweitplatzierte Schleswig-Holstein kommt nur auf rund die Hälfte. Auch bei der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Gäste liegt Mecklenburg-Vorpommern mit vier Tagen vor allen anderen Bundesländern.

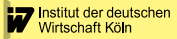
Nicht ganz so rosig sieht es in der Industrie aus. Während bundesweit durchschnittlich fast 22 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Sektor arbeiten – die Spitzenreiter Baden-Württemberg und Bayern kommen sogar auf fast 30 bzw. 26 Prozent – , sind es in Mecklenburg-Vorpommern gerade einmal 12 Prozent. Hier gibt es also noch Verbesserungsbedarf.

Dieser Befund gilt nicht nur für den Industriesektor, sondern für die gesamte Wirtschaft (Grafik):

Pro Kopf gerechnet lag das Bruttoinlandsprodukt von Mecklenburg-Vorpommern 2015 rund 6 Prozent unter dem Schnitt der ostdeutschen Flächenländer und

Mecklenburg-Vorpommern in Zahlen

WAHL 2016	Mecklenburg-Vorpommern	Ostdeutsche Flächenländer	Deutschland
	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2015 in Euro	24.909	26.442
Bruttoinlandsprodukt – nominale Veränderung 2015 gegenüber 2011 in Prozent	2,6	4,0	4,1
Arbeitslosenquote 2015 in Prozent	10,4	8,8	6,4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – Veränderung 2015 gegenüber 2011 in Prozent	1,9	2,7	7,4

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder © 2016 IW Medien / iwd 

sogar ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt.

Trotz der strukturellen Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe gibt es für Mecklenburg-Vorpommern eine besonders gute Nachricht aus dem Schiffsbau. Nachdem die Branche jahrelang von Abschwung und Ungewissheit geprägt war, gab der malaysische Genting-Konzern Anfang Juli bekannt, die Werften Wismar, Warnemünde und Stralsund zu einem Werftenverbund zusammenzuführen. Unter dem Namen „MV-Werften“ wird der Konzern künftig sämtliche Neubauten, darunter vor allem Kreuzfahrtschiffe, bauen lassen. Zudem wurden Investitionen von 100 Millionen Euro

zwecks Modernisierung und Erhöhung der Effizienz sowie eine deutliche Erhöhung der Beschäftigtenzahl angekündigt – die Rede ist von bis zu 1.600 neuen Stellen, sodass der Verbund dann rund 3.000 Mitarbeiter hätte.

Und es kann sogar noch besser kommen. Nämlich dann, wenn jenes Phänomen eintritt, das Ökonomen den Multiplikatoreffekt nennen: Demnach löst das millionenschwere Engagement des Genting-Konzerns weitere Investitionen in der Zulieferindustrie aus – und fördert damit die gesamte wirtschaftliche Entwicklung. Dies würde den Industriestandort Mecklenburg-Vorpommern deutlich aufwerten.

Verriestert

Private Altersvorsorge. Was lohnt sich, was lohnt sich nicht? Wer privat fürs Alter vorsorgt, kann am Ende eine böse Überraschung erleben, wie eine IW-Studie zeigt. Denn von vielen Vorsorgeprodukten bleibt nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben mitunter nur wenig übrig.

Die staatliche Förderkulisse für die private Altersvorsorge ist nicht nur äußerst komplex, sie kann auch zu erheblichen Marktverzerrungen führen. Aufgrund unterschiedlicher steuerlicher Behandlungen sowie abweichender Förderungen scheinen einige Produkte zunächst attraktiver zu sein als andere. Mitunter lenkt der Staat Anleger so in Vorsorgeprodukte, die sich auf lange Sicht als wenig rentabel erweisen (Grafik):

So langt der Staat bei nicht zertifizierten Fondssparplänen unter anderem aufgrund der Abgeltungs- und Einkommenssteuer so kräftig zu, dass in Niedrigzinsphasen weniger als 100 Prozent vom eingezahlten Kapital übrig bleiben.

Berücksichtigt man außer den steuerlichen Regeln auch noch die zur Sozialversicherungspflicht, ändert sich das Bild erneut. Für Normalverdiener ist dann die betriebliche Altersvorsorge die steuerlich rentabelste Anlage. Für Geringverdiener lohnt sich unter Steuer- und Abgabenaspekten neben der betrieblichen Altersvorsorge noch die Riester-Rente sowie – wenn auch mit weitaus geringeren Erträgen – die Rürup-Rente.

Die gegenwärtige Förderkulisse der privaten Altersvorsorge führt dazu, dass viele Anleger in Produkte investieren, die zwar aus steuerlicher Sicht vorteilhaft scheinen, die sich aber nachträglich als wenig rentabel erweisen können. Der Staat sollte deshalb nicht nur einige wenige Rentenprodukte steuerlich fördern, sondern deutlich mehr. Statt bestimmte Vorsorgeprodukte explizit zu benennen (Positivauswahl), wäre es sinnvoll, künftig nur auf diejenigen Anlageformen hinzuweisen, die für die Altersvorsorge ungeeignet sind und die deshalb nicht gefördert werden (Negativauswahl). Die Förderung selbst sollte sich auf die nachgelagerte Besteuerung beschränken, da diese – im Gegensatz zur Doppelbesteuerung – entscheidende Vorteile für die Anleger bietet.

IW-Report 23/2016

Susanna Kochskämper: Die Förderkulisse der privaten Altersvorsorge – Status quo und Reformoptionen

Private Altersvorsorge: Große Unterschiede je nach Anlageform

So viel Prozent bekommt ein sozialversicherungspflichtig Beschäftigter nach Abzug aller Steuern für sein angespartes Kapital für diese Formen der privaten Altersvorsorge bei einer 1,25-prozentigen Verzinsung heraus

	Person A (jährliches Erwerbseinkommen: 18.000 Euro)			Person B (jährliches Erwerbseinkommen: 35.000 Euro)			Person C (jährliches Erwerbseinkommen: 100.000 Euro)		
	Single	Mit einem Kind	Mit zwei Kindern	Single	Mit einem Kind	Mit zwei Kindern	Single	Mit einem Kind	Mit zwei Kindern
Rürup-Rente (nachgelagerte Besteuerung)	126,0	126,0	126,0	94,5	94,5	94,5	80,7	80,7	80,7
Riester-Rente	147,4	170,4	205,8	94,5	95,8	106,1	76,6	76,6	76,6
Betriebliche Altersvorsorge (gefördert)	126,0	126,0	126,0	94,5	94,5	94,5	80,7	80,7	80,7
Kapitalfundierte Lebensversicherung	108,4	108,4	108,4	84,3	84,3	84,3	70,4	70,4	70,4
Nicht zertifizierter Fondssparplan	99,7	99,7	99,7	79,8	79,8	79,8	67,3	67,3	67,3

Nachgelagerte Besteuerung: Steuern werden bei der Auszahlung fällig

Nicht zertifizierter Fondssparplan: Finanzprodukt, das auf dem Kapitalmarkt als Anlage mit Verrentungsoption angeboten wird, das aber nicht für die Riester-Förderung zertifiziert ist

Annahmen: Alle Personen sparen während ihrer 35-jährigen Erwerbstätigkeit 4 Prozent ihres Bruttoeinkommens, das in dieser Simulation konstant bleibt. Außerdem entscheiden sich alle Anleger für eine Rentenzahlung. Der Zinssatz gilt für alle Altersvorsorgeprodukte für die gesamte Laufzeit.

Das Glas ist immerhin halbvoll

Digitale Transformation. Deutsche Großunternehmen sind dabei, den digitalen Wandel zu meistern. Die Hälfte der Wegstrecke ist zurückgelegt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Personalberatung Egon Zehnder in Zusammenarbeit mit der IW Consult.

„Nur ein Hype“ – so hat sich Bill Gates in den 1990er Jahren einmal über das Internet geäußert. Wenn dieser Gedanke damals die Ausrichtung seines Unternehmens bestimmt hätte, wäre Microsoft heute vermutlich nur noch ein Nischenanbieter. Schließlich hängt der Erfolg eines Unternehmens auch davon ab, dass es vorübergehende Trends von tiefgreifenden Veränderungen unterscheiden kann.

Unternehmen, die versuchen, jede Mode mitzumachen, werden nur selten über den Tag hinaus erfolgreich sein. Andererseits können Unternehmen, die auf fundamentale Veränderungen ihrer Märkte nicht eingehen, in ihrer Substanz gefährdet werden.

Eine dieser fundamentalen Veränderungen ist die digitale Transformation (Kasten). Die Unternehmen müssen sich in allen Facetten darauf einstellen, sonst scheitern sie. Sie müssen ihre Strategien und Geschäfts-

modelle entsprechend überarbeiten – ebenso wie ihre Strukturen und Prozesse, die Unternehmenskultur und die Arbeitsbeziehungen.

Wo stehen deutsche Großunternehmen derzeit in Sachen Digitalisierung? Diese Frage hat die IW Consult Vorständen und Aufsichtsräten gestellt (Kasten Seite 11). Konkret wollten die Forscher wissen, wie weit das jeweilige Unternehmen beim digitalen Wandel bereits gekommen sein sollte und wie weit es tatsächlich vorangeschritten ist. Gefragt wurde überdies, wo nach Ansicht der Manager der wichtigste Wettbewerber in diesem Prozess angesiedelt ist.

Die Ergebnisse der Befragung sind ernüchternd. Die meisten Unternehmen attestieren sich selbst eine Transformationslücke, das heißt, sie sind noch nicht so recht auf den digitalen Wandel vorbereitet.

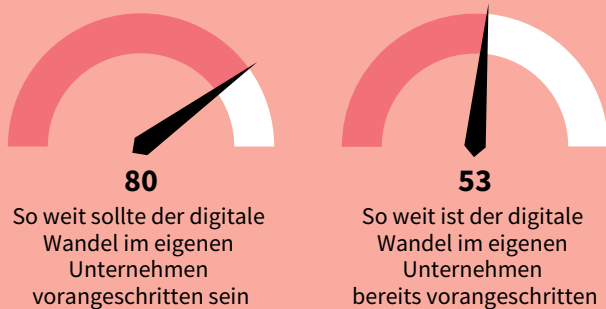
Weniger als 20 Prozent der Unternehmen haben ihren selbstgesteckten Sollzustand im Hinblick auf die Digitalisierung bereits erreicht.

Anders gerechnet: Auf einer Skala von 0 (schwach) bis 100 (stark) erreicht der digitale Wandel in deutschen Großunternehmen lediglich den Wert 53 (Grafik).

Dabei schätzen sich die einzelnen Unternehmen sehr unterschiedlich ein. So gibt es durchaus Firmen, die alle

Digitaler Wandel: Viel Nachholbedarf

Einschätzung der befragten Führungskräfte von deutschen Großunternehmen auf einer Skala von 0 = schwach bis 100 = stark



Befragung von 78 der umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland im Herbst und Winter 2015; Digitaler Wandel: Einführung des Internets der Dinge, der Robotik, der Automatisierung, des Cloud Computing etc.

Quelle: Egon Zehnder (2016)
© 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Digitale Transformation

Unter diesem Sammelbegriff werden Entwicklungen in der Informationstechnik zusammengefasst, die das Potenzial haben, Märkte grundlegend zu verändern. Treiber des digitalen Wandels sind zum Beispiel das Internet der Dinge und Dienste, Cloud Computing, Additive Fertigung (z.B. 3-D-Druck), Big Data, Augmented Reality (z.B. visuelle Darstellung von Informationen), Autonomik (z.B. Werkzeuge, die sich selbst vernetzen) und Robotik.

ihre Vorstellungen umgesetzt haben, andere wiederum haben nicht einmal angefangen, sich in die angestrebte Richtung zu bewegen.

Bemerkenswert ist auch die Einschätzung des wichtigsten Wettbewerbers. Dessen Istzustand wird im Durchschnitt mit 45 Punkten bewertet. Die Entscheidungsträger sehen demnach zwar durchaus Nachholbedarf im eigenen Unternehmen – sie glauben aber auch, zumindest schon weiter zu sein als ihr schärfster Konkurrent.

So sind 38 Prozent der Chefs ihrer Ansicht nach dem Wettbewerber beim digitalen Wandel voraus, 46 Prozent liegen gleichauf und 17 Prozent schätzen ihren Wettbewerber als besser vorbereitet ein.

Eine offene Frage ist, ob die Konkurrenten von (über)morgen bereits auf dem Wettbewerbsradar sind, denn alle Befragten beziehen sich bei ihren Einschätzungen auf bereits existierende Wettbewerber. Wenn man aber bedenkt, dass neue Unternehmen gerade in Zeiten des digitalen Wandels zuweilen Game-Changer sind, also die Märkte komplett umkrempeln, können sich daraus in Zukunft Gefahren ergeben.

Über die Gesamteinschätzung hinaus untersucht die Studie für sechs einzelne Unternehmensbereiche, wie weit die digitale Transformation vorangekommen ist. Dazu gehören die Unternehmensstrategie, das Wettbewerbsmonitoring und die Kooperationen, die Unternehmensorganisation, die Mitarbeiterkompetenzen, die Unternehmenskultur und der Führungsstil.

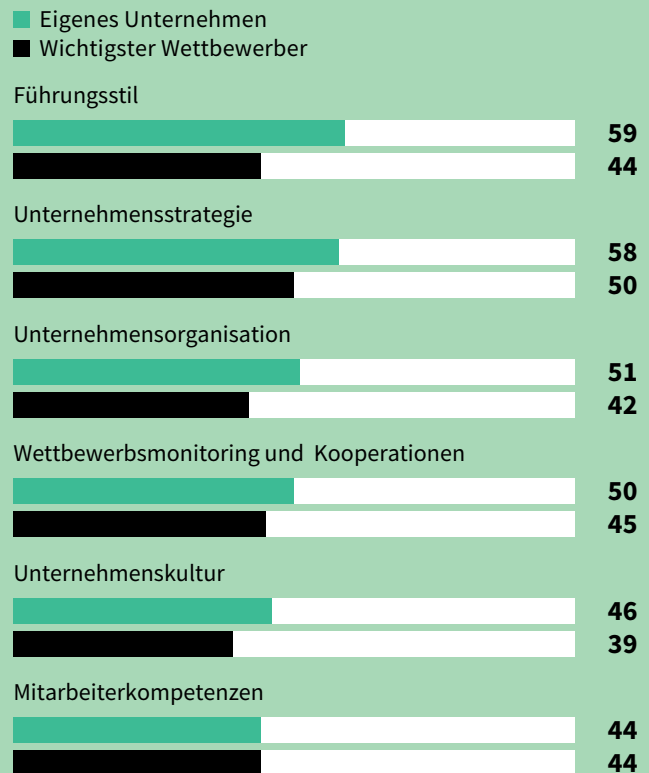
Bei diesen einzelnen Dimensionen zeigen sich in der Befragung der Führungskräfte zwar Nuancen, der übergreifende Befund ist jedoch gleich (Grafik). In allen Bereichen besteht eine Lücke zwischen Soll und Ist. Vergleichsweise groß ist dieser Gap unter anderem bei den Mitarbeiterkompetenzen, der Unternehmenskultur und der Unternehmensorganisation.

Wie aber kann die Transformationslücke geschlossen werden? Die Antwort auf diese Frage dürfte für jedes Unternehmen unterschiedlich ausfallen. Der wahrscheinlich wichtigste Faktor ist die Haltung der Manager selbst. Obwohl es sich dabei um einen persönlichen und deshalb weichen Faktor handelt, bestimmt die Haltung der Entscheider das Klima im Unternehmen – und dieses Klima ist gleichzeitig Orientierungshilfe und Motivator für die Mitarbeiter, die den digitalen Wandel (mit)tragen müssen.

Weitere Ergebnisse der Studie zeigen, dass zumindest die grundsätzliche Haltung der Manager stimmt: Die Vorstände und Aufsichtsräte befassen sich auch privat mit Aspekten der Digitalisierung. Sie nehmen Risiken und Unsicherheiten in Kauf, sie verfügen über eine klare

Digitaler Wandel: Die Fortschritte

So weit ist der digitale Wandel nach Ansicht deutscher Großunternehmen in diesen Bereichen fortgeschritten
Einschätzung von 0 = schwach bis 100 = stark



Befragung von 78 der umsatzstärksten Unternehmen in Deutschland im Herbst und Winter 2015; digitaler Wandel: Einführung des Internets der Dinge, der Robotik, der Automatisierung, des Cloud Computing etc.

Quelle: Egon Zehnder (2016)
© 2016 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Vision für die digitale Transformation und sie beziehen bei unternehmerischen Entscheidungen immer digitale Aspekte mit ein.

In der persönlichen Selbsteinschätzung der Manager zeigt sich aber auch, dass bei den Kompetenzen für die digitale Transformation noch Potenzial besteht: Nur rund die Hälfte der Entscheider ist der Ansicht, (eher) über die notwendigen digitalen Kompetenzen zu verfügen; ein weiteres Drittel ist in dieser Hinsicht unentschieden.

Die Studie

Für die Studie „Digitales Deutschland?“ wurden die Vorstände und Aufsichtsräte von 78 der umsatzstärksten Unternehmen Deutschlands befragt. Die IW Consult hat die Studie für die Unternehmensberatung Egon Zehnder konzeptionell begleitet und die empirische Erhebung durchgeführt. Weitere Informationen unter: egonzehnder.de und iwconsult.de.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

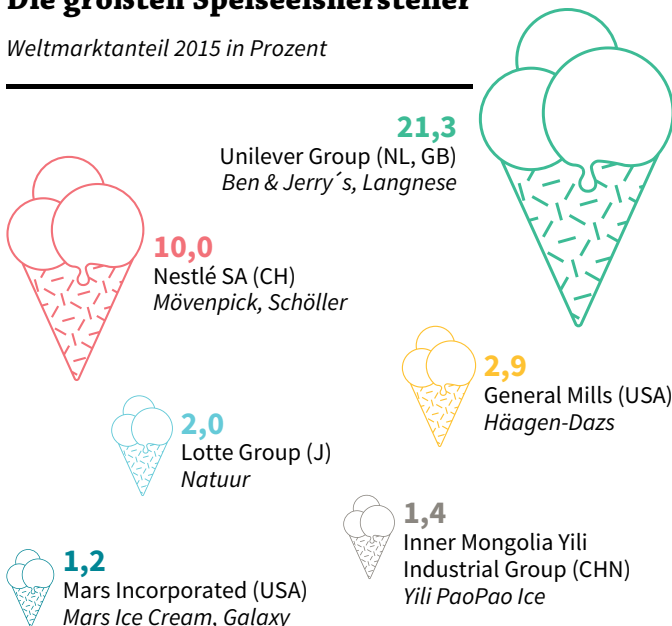
iw.köln.wissen
 SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Global geschleckt

Ob Birne mit Parmigiano oder Weißwurst-Schoko – die Experimentierfreude der Eisdielebesitzer scheint keine (Geschmacks-)Grenzen zu kennen. Und auch die industriellen Speiseeishersteller mixen munter drauflos: Marktführer Unilever zum Beispiel hat unter der Marke Ben & Jerry's das „Save Our Swirled“ kreiert, eine Himbeereiscreme mit Marshmallow-Sauce, das an den Klimawandel erinnern soll. Die kalte Köstlichkeit ist auf jeden Fall ein lohnendes Geschäft: Laut dem Marktforschungsinstitut Euromonitor setzten die Speiseeishersteller 2015 global 76,5 Milliarden Dollar im Einzelhandel um – satte 13 Prozent mehr als 2010.

Die größten Speiseeishersteller

Weltmarktanteil 2015 in Prozent



Quelle: Euromonitor
 © 2016 IW Medien / iwd

Zahl der Woche



der Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland entfielen im Jahr 2014 auf Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Im Schnitt gaben die Deutschen demnach 326 Euro je Haushalt und Monat für ihre Ernährung aus. Der größte Anteil des Konsumbudgets (36 Prozent bzw. 856 Euro) ging für den Bereich Wohnen und Energie drauf.

Neu auf **iwd.de**: Gegessen wird immer

Dieser Grundsatz beschert der Ernährungsindustrie in Deutschland eine recht stabile Auslastungs- und Gewinnsituation. Während zum Beispiel andere Branchen wie der Maschinen- oder der Fahrzeugbau im Krisenjahr 2009 einen scharfen Einbruch ihrer Aufträge und Gewinne hinnehmen mussten, kamen die Erzeuger von Nahrungsmitteln und Getränken gut durch die Rezession. Wie gut? Das lesen Sie auf iwd.de.

